

Rußland-Belarus: die Zweier-Union im Zeichen von Konzeptions- und Interessendivergenzen

Timmermann, Heinz

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Timmermann, H. (1999). *Rußland-Belarus: die Zweier-Union im Zeichen von Konzeptions- und Interessendivergenzen*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 8/1999). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-47838>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Aktuelle Analysen

Nr. 8/1999

17. März 1999

Rußland-Belarus: Die Zweier-Union im Zeichen von Konzeptions- und Interessendivergenzen

Zusammenfassung

Ende Dezember 1998 unterzeichneten die Präsidenten Jelzin und Lukaschenko in Moskau eine "Erklärung über die weitere Vereinigung von Belarus und Rußland". Den Kern des Dokuments bildet die Absicht, den Prozeß des Zusammenschlusses beider Länder zu einem Unionsstaat mit supranationalen Organen voranzutreiben, allerdings unter prinzipieller Wahrung der nationalen Souveränität der Partner. Angestrebt wird die Schaffung gleicher Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, nicht zuletzt als Voraussetzung für den Übergang zu einer einheitlichen Währung. Allerdings konnten auch diesmal gravierende Konzeptions- und Interessendivergenzen über Inhalt und Perspektiven der "Vereinigung" nicht ausgeräumt werden. Hierzu zählen insbesondere Kontroversen über den Charakter des zukünftigen Unionsstaats sowie über die Modalitäten bei der Schaffung einer gemeinsamen Währung. Erschwerend kommt hinzu, daß Rußland aufgrund seiner tiefgreifenden Wirtschafts- und Finanzkrise weniger als zuvor bereit und in der Lage ist, die auf Talfahrt geratene belarussische Wirtschaft durch massive materielle Vergünstigungen abzustützen. So ist zu vermuten, daß die Moskauer Absichtserklärung – ähnlich wie schon die Dokumente zur Zweier-"Gemeinschaft" von 1996 und zur Zweier-"Union" von 1997 – keinen wirklichen Durchbruch zu einem Zusammenschluß Rußland-Belarus bewirken wird.

Voraussetzungen und Ziele des Moskauer Dokuments

Am 25. Dezember 1998 gelang es dem belarussischen Präsidenten Lukaschenko wieder einmal, durch spektakulären Aktionismus die Aufmerksamkeit des Westens auf sich zu lenken: Gemeinsam mit dem russischen Präsidenten Jelzin unterzeichnete er in Moskau unter großem propagandistischem Aufwand eine "Erklärung über die weitere Vereinigung (ob"edinenie) von Belarus und Rußland". Den Kern des Dokuments bildet die Absicht, den Prozeß des Zusammenschlusses zu einem Unionsstaat weiter voranzutreiben, und zwar unter Wahrung der nationalen Souveränität der Partnerländer. Begründet wird die Dynamisierung mit der geistigen, historischen und kulturellen Nähe beider Völker sowie mit "den übereinstimmenden Interessen und den engen Interdependenzen in Politik, Geostrategie, Wirtschaft, Humanitärem und Verteidigungsfragen".¹

Auf dieser Basis kamen die Präsidenten überein, bis Mitte 1999 einen entsprechenden Vertrag über den Zusammenschluß auszuarbeiten und ihren Völkern zur Aussprache zu unterbreiten. Als zentraler

¹ Die "Erklärung" ist abgedruckt in Sovetskaja Belorussija (Minsk), 29.12.1998.

Punkt der politischen Vereinigung ist vorgesehen, "staatliche Organe der Union und entsprechende supranationale Verwaltungsorgane" zu bilden sowie einen einheitlichen Haushalt zu erstellen. Hiervon ausgehend werden zugleich Mechanismen zur Durchführung einer gemeinsamen Politik in den internationalen Beziehungen sowie auf dem Gebiet der Verteidigung und der Sicherheit entwickelt.

Auf wirtschaftlichem Feld werden "kardinale Änderungen" als feste Grundlage für eine weitere Annäherung beider Staaten ins Auge gefaßt. So ist beispielsweise geplant, bis Mitte 1999 "für sämtliche Wirtschaftssubjekte gleiche wirtschaftsrechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen, ein einheitliches Zollgebiet zu bilden sowie das Zivil- und Steuerrecht, die Währungsregulierung und das Geld- und Kreditwesen zu vereinheitlichen". Darüber hinaus wird die Absicht bekundet – die wohl komplizierteste und umstrittenste Aufgabe –, den Übergang zu einer einheitlichen Währung in Angriff zu nehmen. Ergänzt wird die "Erklärung" der Präsidenten durch zwei weitere Dokumente zu spezifischen Themen: eine (nicht bindende) "Übereinkunft" mit weiteren Details zur Rechtsangleichung der Wirtschaftssubjekte beider Seiten sowie einen (verbindlichen) "Vertrag", der den Bürgern im jeweils anderen Land beispielsweise im Hinblick auf Bildungschancen, Arbeitsrecht und soziale Standards gleiche Rechte einräumt.²

Wie ist die Moskauer Gipfel-"Erklärung" einzuschätzen, wie wird sie von den Partnern gedeutet? Signalisiert sie nach Konstituierung der lockeren Zweier-"Gemeinschaft" vom April 1996 und der – seinerzeit im letzten Moment von russischer Seite verwässerten – Zweier-"Union" vom April 1997³ nunmehr den Durchbruch zur Formierung eines mit wirkungsvollen supranationalen Organen ausgestatteten Unionsstaates? Muß der Westen befürchten, daß mit dem Zusammenschluß Belarus-Rußland der Kern eines slawisch geprägten mächtigen Zentrums entsteht, das sich – so die Vision Lukaschenkos – "zu einem Gegengewicht gegen die zur Zeit entstehende unipolare Welt, in einen kraftvollen Motor gegen einen Durchbruch des aggressiven transatlantischen Monopolismus" entwickelt?⁴

Wie schon bei ähnlichen früheren Abmachungen zwischen Belarus und Rußland ist auch diesmal Skepsis angebracht. Angesichts gravierender Konzeptions- und Interessendivergenzen der Seiten sowie tiefgreifender Widersprüche bei der Interpretation von Inhalt und Perspektiven des Dokuments spricht vieles eher dafür, daß auch diesmal wirkliches Einvernehmen über Tempo und Ziele der Vereinigungsprozesse nicht erreicht wurde.

Zu Charakter und politischer Ausrichtung der "Vereinigung"

In ihrer Auslegung des Dokuments sprechen beide Präsidenten von einer "qualitativ neuen Etappe der Vereinigung beider Bruderländer", doch letztlich meinen sie damit durchaus nicht dasselbe. Lukaschenko insistiert konsequent auf der Gleichberechtigung beider Staaten bei der Integration, wobei er insbesondere auf jene Passage verweist, in der die Vereinigung zum Unionsstaat mit der Wahrung der nationalen Souveränität der Partnerländer verbunden wird. Da die Eroberung der Präsidentschaft in einem russisch-belarussischen Einheitsstaat eher unwahrscheinlich ist⁵, wehrt sich Lukaschenko entschieden gegen eine schlichte Absorption Weißrußlands durch Rußland, die ihn zum Gouverneur eines der dann 90 Subjekte der Russischen Föderation degradieren würde. Eine (staatliche) Vereinigung mit Rußland wäre für Belarus schlechter als seinerzeit der Beitritt zu Stalins Sowjetunion, hatte er bereits früher zu Protokoll gegeben. Statt dessen strebt er gerade umgekehrt danach, als Präsident einer mit supranationaler Macht und Autorität ausgestatteten Union seinen Einfluß auf Rußland auszudehnen (Stichwort: "Osterweiterung von Belarus").

² Beide Dokumente ebenda.

³ Vgl. hierzu im einzelnen O. Alexandrova/H. Timmermann, *Russie-Biélorussie-CEI: efforts d'intégration et tendances à la désintégration*, in: *politique étrangère* (Paris), Nr. 1/1998, S. 93-108.

⁴ *Novyj tap v edinenii*, Rede vor der Parlamentarischen Versammlung der Union Belarus-Rußland, in: *Sovetskaja Rossijsa* (Moskau), 28.1.1999.

⁵ Vgl. dazu meinen Beitrag – Lukaschenko: Griff nach der Macht in Moskau?, *Aktuelle Analysen des Bundesinstituts*, Nr. 34/1998.

Rußland dagegen, das bei der Bestimmung der Zukunft von Belarus eine Schlüsselstellung einnimmt, hat letztlich kein Interesse an einer engen Union gleichberechtigter Staaten: Die proklamierte Bildung machtvoller supranationaler Organe, auf die Kernbestände der nationalen Souveränität zu übertragen wären, widerspricht dem Selbstverständnis seiner Eliten und ihrem Streben, um Rußland herum zu integrieren statt selbst integriert zu werden. Hinzu kommt, daß eine Integration nach konföderalen Prinzipien Statik und Kohäsion Rußlands selbst gefährlich unterminieren würde: Ähnlich wie bereits bei den Kontroversen um den Charakter der Zweier-Union vom April 1997 verkündeten auch diesmal einige Führer von russischen Republiken, im Falle der Bildung eines neuen Staates die Aufwertung ihrer Republik mit dem Ziel zu betreiben, sie in den Rang eines Rußland und Belarus gleichgestellten Unionssubjekts zu erheben.⁶

Vor diesem Hintergrund kann die Union aus russischer Sicht allenfalls ein Übergang hin zum Einheitsstaat sein – hierin sind sich die politischen Eliten des Regierungslagers, der linksnationalistischen Strömung um die KPRF Sjuganows und der entstehenden rechtsliberalen Formation um Nemzow, Tschubais, Kirijenko, Gaidar und Jakowlew einig. Die Regierung – und hier gerade auch Ministerpräsident Primakow – hält trotz der schwierigen Wirtschaftslage vor allem aus geopolitischen Gründen an der Fortsetzung des Vereinigungsprozesses fest. Im einzelnen geht es ihr dabei u.a. um Dominanz über das strategische Vorfeld nach Westen, nicht zuletzt als Kompensation für die NATO-Osterweiterung; Sicherung des zuverlässigen Transits für die russischen Verkehrs- und Energieleitsysteme nach Westen; Zugriff auf den Militär-Industrie-Komplex und die energieverarbeitenden Großanlagen. Vor diesem Hintergrund war es sicher kein Zufall, daß Primakow seinen ersten Auslandsbesuch als neuer Ministerpräsident Ende September 1998 gerade in Minsk absolvierte.

Für die "Nationalpatrioten" ihrerseits ist das Konzept des Einheitsstaats Ausdruck ihrer strategischen Linie der friedlichen Wiederherstellung einer erneuerten Sowjetunion. In diesem Sinne skizzierte Sjuganow mit positivem Akzent ein Szenario, bei dem die jetzt anvisierte Union solchermassen an Tempo und Dynamik gewinnt, daß sie es den Belarussen erlaubt, an den bevorstehenden russischen Staatsduma- und Präsidentschaftswahlen teilzunehmen.⁷ Eine solche Möglichkeit, die Sjuganow zufolge auch eine Präsidentschaftskandidatur Lukaschenkos einschließt, ist aber nur bei einem Anschluß Weißrußlands an Rußlands denkbar.

Überraschend dagegen kommt das Einschwenken der Rechtsliberalen auf die Linie einer Absorption Weißrußlands durch Rußland, hatten sie doch bis dahin – nicht zuletzt aus Kostengründen – für die Beschränkung auf eine Wirtschaftsintegration plädiert. Aus der Sicht Nemzows, der von seinen politischen Freunden mit der Ausarbeitung des Integrationskonzepts beauftragt wurde, verspricht die Eingliederung von Belarus als 90. Föderationssubjekt für Rußland eine Reihe von Vorteilen: Sie würde Rußlands Märkte erweitern, die Kontrolle über die Erdgas- und Erdölpipelines Ost-West via Belarus gewährleisten und Rußlands Grenzen an die Grenzen Mitteleuropas heranrücken. Schließlich wäre sie auch geeignet, den föderalen Status quo zu sichern und damit "eine gigantische Bedrohung für die Einheit und Integrität Rußlands" abzuwenden.⁸

Dieser imperial gefärbte Revisionismus der rechtsliberalen Strömung ist unter mehreren Aspekten erstaunlich und bedenklich. Zum einen ist er traditionellem geostrategischem Denken verhaftet, indem er in überkommener Weise davon ausgeht, daß gesicherte Kontrolle über die Infrastrukturen des Nachbarlandes nur durch seine Eingliederung gewährleistet werden kann, nicht aber durch politische Vertragssysteme und wirtschaftliche Interdependenzen. Zum anderen demonstriert er ökonomische Ignoranz (oder Opportunismus): Entgegen früheren realistischen Einschätzungen wird unterstellt, das von tiefgreifender Wirtschafts- und Finanzkrise geschüttelte Rußland könne die politische Vereinigung wirtschaftlich leicht verkraften. Und drittens schließlich fallen die Rechtsliberalen

⁶ So beispielsweise M. Šajmiev und R. Aušev, die Präsidenten der russischen Republiken Tatarstan und Inguschetien, vgl. Interfax 25.12. und 29.12.1998.

⁷ Vybory. Strategija 99: Na russkom napravlenii, Interview mit dem KPRF-Vorsitzenden Sjuganow, in: Sovetskaja Rossija, 19.1.1999.

⁸ Itar-Tass 20.1.1999.

Rußlands der belarussischen Opposition in den Rücken, die sich seit ihrem gemeinsamen Kongreß Ende Januar 1999 unter Beteiligung von rund 700 Delegierten aus allen Landesteilen neu zu formieren sucht. In schwerem Abwehrkampf gegen die Repressionen des Lukaschenko-Regimes richtet sich ihr Bestreben darauf, den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtstaatlichkeit Geltung zu verschaffen, worin sie u.a. Botschafter Wieck, der Leiter der OSZE-Vertretung in Minsk, in einer Grußansprache ermunterte.

Über die Motive, die die russischen Rechtsliberalen zu ihrem Kurswechsel veranlaßten, läßt sich vorerst nur spekulieren. Möglicherweise ist er lediglich darauf angelegt, mit der radikalen Forderung nach staatlicher Einheit Rußland-Belarus diese überhaupt zu blockieren: Jedermann weiß, daß eine solche Lösung für Lukaschenko inakzeptabel ist (es sei denn, er gewänne die russische Präsidentschaft). Nicht auszuschließen ist aber auch eine andere Version, wonach die Rechtsliberalen der Ansicht sind, einem Vereinigungsdruck aus Eliten und Bevölkerung Rußlands nachgeben zu müssen, um politisch im Spiel zu bleiben. Eine solche Interpretation würde auf wenig konsistente politische Positionen der Vertreter dieser Strömung deuten.

Viel vorsichtiger äußerte sich die russische Diplomatie. Im Gegensatz zu Lukaschenko spielte Außenminister Iwanow das Dokument in seiner Bedeutung eher herunter, indem er lakonisch darauf verwies: Bei dem Papier handelt es sich nicht um einen (völkerrechtswirksamen) Vertrag, sondern lediglich um eine (unverbindliche) Erklärung.

Konfusion um die Währungsunion

Analog zu den Divergenzen über Charakter und Ziele der politischen Union Belarus-Rußland herrscht auch über den Inhalt der in der "Erklärung" anvisierten Währungsunion tiefe Konfusion. Zwar sprechen beide Seiten von der Absicht, ihre Geld- und Kreditpolitik stufenweise zu harmonisieren und schließlich in eine einheitliche Währung zu überführen. Über Modalitäten und Zielrichtung der Harmonisierung gehen die Vorstellungen der Unionspartner jedoch weit auseinander.

Lukaschenko und seine Gefolgsleute äußern sich zu diesem zentralen Problem nur äußerst vage und gestehen ein, daß darüber nicht vor dem Jahr 2000 entschieden werden könne. So spricht der Präsident wahlweise von Clearing-Verfahren und einem konvertierbaren Rubel als mögliche Übergangslösungen. Längerfristig seien mehrere Varianten denkbar, darunter auch eine neue gemeinsame Währung mit einer der beiden Zentralbanken als Emissionszentrum oder einer zwischen beiden Banken abzustimmenden Emissionspolitik.⁹

In Rußland stößt derlei Währungsakrobatik auf Unwillen und sogar offenen Spott: Ein doppelköpfiges belarussisches Häschen mit den Flügeln des russischen Adlers sei ein allzu exotisches, wirklichkeitsfremdes Wesen, heißt es in einem Moskauer Kommentar.¹⁰ Für die russische Seite ist der Verzicht auf die geld- und kreditpolitische Souveränität zugunsten supranationaler Gremien inakzeptabel – die für Moskau äußerst kostspielige Rubelzone der Jahre 1992/93 bleibt hier in unguter Erinnerung. So fehlt es nicht an Warnungen, politischen Ambitionen Vorrang vor ökonomischen Überlegungen einzuräumen.

Im Grunde kann es aus russischer Sicht nur ein einziges Emissionszentrum mit einer einzigen Währung geben: die russische Zentralbank mit dem russischen Rubel. Selbst dem ökonomischen Laien Lukaschenko dürfte klar sein: Angesichts der Kräfteverhältnisse käme eine solche Lösung de facto der Aufgabe der nationalen Souveränität seines Landes gleich. Charakter und Modalitäten der Währungsunion dürften sich daher auch zukünftig als ein zentrales Hindernis für weitere Vereinigungsbestrebungen erweisen.

⁹ Aleksandr Lukašenko, "Segodnja skazat' net Sojuzu Belorussii i Rossii ... značit skazat', čto my vrugi sobstvennomu narodu", in: Sovetskaja Rossija, 29.12.1999.

¹⁰ B. Griščenko, Unija orla i zajki, in: Interfax-Aiph (Moskau), Nr. 3/15.-21.1.1999, S. 6. Vgl. hierzu und zum folgenden auch T. Valovaja, Rossija-Belorossija: Minus na minus daet plus, in: Nezavisimaja gazeta (Moskau), 20.1.1999.

Probleme in den Wirtschaftsbeziehungen

Massiven Ausdruck fanden die Divergenzen auch auf wirtschaftlicher Ebene, von der bis dahin von beiden Seiten kräftige Integrationsimpulse ausgegangen waren. Aus dem Unionsbudget beispielsweise, das im Februar 1999 auf 800 Mio. Rubel aufgestockt wurde (Anteile: Rußland – 520 Mio., Belarus – 280 Mio.), konnten gemeinsame Projekte als Symbole des Zusammenwachsens nur in äußerst begrenztem Umfang finanziert werden, zumal Rußland seinen Anteil Lukaschenko zufolge nur zu 30 Prozent erfüllte.¹¹

Für die Integration problematischer als die mangelnde Erfüllung des ohnehin mageren Unionsbudgets ist die aus der Krise folgende abnehmende Fähigkeit und Bereitschaft Rußlands, die auf Talfahrt geratene belarussische Wirtschaft durch massive materielle Vergünstigungen (nach Schätzungen jährlich zwischen 1 und 1,5 Mrd. US-Dollar) wirksam abzustützen. Dies bezieht sich zum einen auf restriktiver gehandhabte Konditionen Moskaus bei der Lieferung verbilligter Energieträger bzw. bei der Stundung aufgelaufener Energieschulden. Erst nach langwierigen Verhandlungen kam im Oktober 1998 ein Abkommen zustande, wonach Belarus seine Außenstände in Höhe von 550 Mio. Dollar nur zu einem geringen Teil – nämlich 100 Mio. Dollar – in Devisen bezahlt und den Rest durch Bartergeschäfte (250 Mio. Dollar) sowie staatliche Schuldverschreibungen abgleicht (200 Mio. Dollar).

Zum anderen waren nach der russischen Krise vom August 1998 dramatische Einbrüche im bilateralen Handel zu verzeichnen. Die für Belarus einschneidenden Folgen dieses Abschwungs werden darin sichtbar, daß seine Exporte nach Rußland und in dessen Regionen bis zum Moskauer Finanzkollaps knapp 70 Prozent der Gesamtausfuhren ausgemacht hatten und von der Minsker Führung als überzeugende Demonstration praktischer Integration charakterisiert worden waren. Gerade an diesen Beispielen zeigt sich, daß eine zu enge Integration Belarus-Rußland für Minsk geradezu kontraproduktiv wirken kann: Rußland ist immer weniger in der Lage, Belarus mit preisgünstigen Energieträgern zu alimentieren, Ressourcen für Modernisierungsinvestitionen zu mobilisieren und die im Westen kaum noch wettbewerbsfähigen Produkte seines Unionspartners im bisherigen Umfang zu absorbieren.

Schließlich kommt es immer wieder zu wechselseitigen Spannungen über die Zollpolitik. So weigerte sich Belarus, den Anteil der an den gemeinsamen Außengrenzen erhobenen Zollgebühren für Lieferungen nach Rußland voll an Moskau weiterzureichen. Umgekehrt erhöhte Rußland – parallel zur Ausarbeitung der "Erklärung" – seine Zollgebühren für eine Reihe belarussischer Produkte. Ein solches einseitiges Vorgehen sei vertragswidrig und schade dem Zusammenwachsen der Bruderländer, klagte Lukaschenko im Januar 1999 vor der Parlamentarischen Versammlung der Union.¹²

Perspektiven

Gewiß gibt es Felder, auf denen die Zusammenarbeit zwischen Rußland und Belarus dichter wird, z.B. bei den Sicherheitsdiensten sowie unter den Militärs und in der Militärtechnik. Gute Realisierungschancen bestehen darüber hinaus für die Intention, den Bürgern beider Staaten gleiche Rechte u.a. im Hinblick auf Bildung, soziale Standards, Arbeitsbedingungen, Niederlassungsfreiheit sowie Erwerb von Grund und Boden zu gewährleisten. Auf zentralen Gebieten von Politik und Wirtschaft dagegen sind relevante Schritte in Richtung auf "weitere Vereinigung", wie sie die Moskauer Erklärung der Präsidenten vom Dezember 1998 anvisiert, vorerst wenig wahrscheinlich.

Über die geschilderten Divergenzen zwischen den Partnerstaaten hinaus gibt es hierfür eine Reihe einschlägiger Indizien. So plädieren neben den Vertretern der Opposition mittlerweile auch belarussische

¹¹ Novyj tap..., a.a.O.

¹² Ebenda.

Regimepolitiker immer nachdrücklicher für eine Diversifizierung des Außenhandels im Sinne einer stärkeren Ausrichtung nach Westen und verweisen auf die Notwendigkeit, westliche Kredite und Direktinvestitionen heranzuziehen. Zu ihnen gehört auch der neue Außenminister Latypow: Unter Verweis auf die These des Präsidenten von der "Vielvektorenpolitik" des Landes trat er im Dezember 1998 für Zusammenarbeit mit der EU ein und bezeichnete die westlichen Botschafter als "unsere guten Freunde".¹³ Nach dem Abzug der EU-Botschafter anlässlich des Drosdy-Skandals (Juni 1998) und dem anschließenden Einreiseverbot der EU für 130 hohe belarussische Staatsfunktionäre mit dem Präsidenten an der Spitze war dies ein bemerkenswertes Signal der Entspannung. Im Januar 1999 kehrten die EU-Botschafter tatsächlich nach Minsk zurück, nachdem im Dezember 1998 ein Kompromiß im Residenzen-Konflikt gefunden worden war.

Hinzu kommt, daß der wirtschaftliche Absturz Rußlands die Minsker Integrationsstrategie offenbar auch unter wachsenden Teilen der belarussischen Bevölkerung als fragwürdig erscheinen läßt. So beginnen Glanz und Attraktivität, die das Projekt der Vereinigung auf die noch immer starken "prosowjetischen" Segmente der Menschen in Belarus ausübt, zunehmend zu verblassen: Die Wiederherstellung früherer sozialer Sicherheiten, die mit dem Projekt vor allem verbunden wurde, erweist sich jetzt als eine Chimäre. Angaben aus Minsk zufolge stieg der Anteil jener Belarussen, die für die Unabhängigkeit ihres Landes eintreten, von 35 Prozent (1997) auf 65 Prozent (Ende 1998).¹⁴

So scheint ein Vollzug der staatlichen Einheit Belarus-Rußland allenfalls als Sturzgeburt denkbar – für den Fall nämlich, daß Lukaschenko aufgrund einer Wirtschaftskatastrophe in seinem Land keinen anderen Ausweg sieht als sich Moskau in die Arme zu werfen. Dies ist allerdings wenig wahrscheinlich, da das Regime noch immer über gewisse Reserven verfügt, etwa in Form verstärkter Naturalwirtschaft, ausgedehnten Bartertauschs und umfangreicher Waffenexporte. Plausibler ist ein Szenario, in dem auch weiterhin immer neue Unions- und Vereinigungsdokumente produziert werden – zumal dann, wenn Spitzenpolitiker beider Seiten glauben, sich auf diese Weise politisch profilieren zu können. Anlässe hierfür gäbe es zur Genüge, so insbesondere die Staatsdumawahlen und die Präsidentschaftswahlen in Rußland (geplant für Dezember 1999 bzw. Juni 2000) sowie die Präsidentschaftswahlen in Belarus (von Lukaschenko entsprechend seiner oktroyierten Verfassung von 1999 illegitimerweise auf 2001 verschoben). Angesichts der bisherigen Kluft zwischen Worten und Taten werden frische Dokumente zu Zusammenwachsen und schließlich Vereinigung der Bruderstaaten voraussichtlich jedoch auch in Zukunft nur geringe praktische Konsequenzen haben.

Heinz Timmermann

¹³ Sovetskaja Belorussija, 11.12.1998.

¹⁴ A. Makhovsky/L. Trilenko/J. Maximov, Belarus giving Up Sovereignty?, in: Moscow News, Nr. 51/Dezember 1998, S. 5.